

Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird... (KOPP Nachrichten)

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 07/17

► **Schrille Warnung des IWF zu Griechenland:**

Der Internationale Währungsfonds sieht Griechenlands Finanzen auf einem »explosiven« Pfad und damit die Zukunft der Eurozone bedroht. In einem neuen Bericht warnt der IWF, dass der Schuldenstand des Landes mit 180 Prozent des Bruttoinlandsprodukts »nicht tragbar« sei, und fordert die Gläubiger der Euro-Zone zu mehr Schuldenerlass auf. Nach jahrelanger Sparpolitik wachse die Wirtschaft in Griechenland auch bei voller Umsetzung der vereinbarten Reformen nicht schnell genug, um der Schuldenspirale zu entkommen. Die Warnung hat zu heftigem Streit mit den Eurokraten in Brüssel geführt. Diese finden das Papier zu pessimistisch. Der Präsident der Eurogruppe, *Jeroen Dijsselbloem*, behauptet, Griechenland stehe besser da als vom IWF beschrieben. Die Eurogruppe will erst Mitte 2018 weitere Maßnahmen prüfen, »aber nicht davor«. Bis dahin sind die brisanten Wahlen in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland vorbei.

► **Österreich bietet Nachbarn Armee zur Schließung der EU-Außengrenzen an:**

Monatelang haben führende Politiker und Mainstream-Medien hierzulande behauptet, eine Schließung der Landesgrenzen könne den Migrantenstrom nicht aufhalten. Dann machten die *Visegräd-Staaten* im Frühjahr 2016 Ernst und alle Massenmedien berichteten brav, nun sei die Balkanroute zu. Das GEZ-Fernsehen verzichtet seitdem auf Bilder. Jetzt macht Österreich Druck, um die Route ganz zu schließen, denn es kommen immer noch 500 bis 1000 Flüchtlinge am Tag auf der Strecke ins Land. Und die Zweifel an der Einhaltung des Türkei-Deals wachsen. Mit 15 Ländern, darunter Ungarn, Bulgarien, Albanien und Mazedonien, soll die Route ganz abgeriegelt werden. Österreichs Verteidigungsminister *Hans Peter Doskozil* gab jetzt bekannt, dass seine Regierung eine Gesetzesänderung erarbeitet, um eine Verlegung von Soldaten ins Ausland nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch zum Schutz von Grenzen zu erlauben, wenn Nachbarländer ganz förmlich darum ersuchen.

► **Petition will in USA die Antifa als Terror-Organisation einstufen:**

Nach schweren Ausschreitungen von Linksextremisten an zwei US-Universitäten fordern aufgebrachte Amerikaner jetzt eine Einstufung der Antifa als Terrorgruppe. »*Terror ist in seinem weitesten Sinne die bewusste Anwendung von Gewalt zur Erzeugung von Angst, um ein politisches, religiöses oder ideologisches Ziel zu erreichen. Die Antifa hat immer wieder gezeigt, dass sie mehr als bereit und in der Lage ist, diese Kriterien zu erfüllen. Wir ersuchen den Präsidenten der USA, die Antifa zu einer inländischen Terrororganisation zu erklären*«, heißt es wörtlich in der Petition. Bis zum 8. Februar haben fast 63.000 Unterstützer die Petition unterzeichnet.

► **Neuer Rückschlag für den Dollar:**

Der Iran will im März dem Dollar ade sagen. Das hat der Gouverneur der iranischen Zentralbank in einem TV-Interview angekündigt. Die US-Währung soll dann von dem Ölexporteur endgültig nicht mehr verwendet werden. Der Iran könnte stattdessen auf andere Währungen wie den Euro ausweichen. Die Auswirkungen dieses Schritts dürften begrenzt sein. Der Iran konnte wegen der Sanktionen jahrelang seine Transaktionen nicht in Dollar abrechnen. Unklar, aber naheliegend ist, ob die Ankündigung aus dem Iran eine Reaktion auf die härtere Gangart der neuen US-Regierung unter dem Präsidenten Donald Trump darstellt.

► **Strahlung in Fukushima steigt in »unvorstellbare Höhen«:**

Die Mainstream-Medien sind voll und ganz mit ihren Attacks auf Donald Trump beschäftigt, und zwar so sehr, dass sie der Eskalation der Situation an den schwer beschädigten Reaktoren in Fukushima so gut wie keine Aufmerksamkeit schenken. Dabei geben Experten Großalarm. Laut der *Japan Times* ist die Strahlung am Schutzmantel um den Reaktor 2 auf »530 Sievert pro Stunde« angestiegen. Der bisherige Rekord an dem Reaktor waren 73 Sievert. Schon 10 Sievert pro Stunde würden einen Menschen töten. Offenbar hat sich nukleares Brennmaterialein 2 Meter großes Loch gefressen. *Bloomberg* zeigt Bilder, die das nahelegen sollen. *Tepco* will jetzt einen Roboter losschicken, um Radioaktivität und Temperatur des ausgetretenen Materials zu messen. Berichte in Japan legen einen Austritt des Materials ins örtliche Grundwasser nahe. Laut' PBS sind mindestens 80 Prozent des radioaktiven Materials in den Pazifischen Ozean geflossen, wo es *der Kuroshio-Strom*, ein Gegenstück zum Golfstrom, weiter verteilt hat. Entlang der nordamerikanischen Pazifikküste mehren sich Berichte über drastische Rückgänge von Fischpopulationen und die Insolvenz lokaler Fischer.

► **Mehrheit will keine weitere Einwanderung aus muslimischen Staaten:**

Eine neue Umfrage von *Chatham House* unter 10.000 Europäern in 10 Ländern hat ergeben, dass mehr als die Hälfte der Menschen — 55 Prozent — mit der Aussage übereinstimmen, dass jeder weitere Zuzug aus mehrheitlich muslimischen Ländern gestoppt werden soll. In Polen ist die Ablehnung mit 71 Prozent am größten. In Österreich liegt der Prozentsatz bei 65. Und in Deutschland lehnt mit 51 Prozent ebenfalls die Mehrheit der Befragten eine anhaltende Einwanderung aus muslimischen Ländern ab. Im Klartext: in weiten Teilen der EU regiert die politische Kaste klar gegen die Mehrheitsmeinung im Volk. In Deutschland regiert sie sogar gegen eine absolute Mehrheit.